



Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

20. Januar 2025

Elke Hannack

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

Statement zur Jahrespressekonferenz 2025

Berlin, 20. Januar 2025

Meine Damen und Herren,

Bei der Bundestagswahl geht es auch um den Stellenwert, den künftig die öffentliche Daseinsvorsorge in unserem Land hat. Es geht um den öffentlichen Dienst, in den seit Jahren zu wenig investiert wird. Oft fehlt eine zeitgemäße Ausstattung und eine flächendeckend funktionierende IT – und vor allem Personal. Bürgerämtern, Gerichten, Kitas und Planungsbehörden fällt es immer schwerer, ihre Aufgaben zu bewältigen.

Dazu zwei Fakten:

- 53 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst berichten, dass sie besonders häufig von Personalmangel betroffen sind. Das sind 10 Prozent mehr als in der Privatwirtschaft. So das Ergebnis unserer repräsentativen Umfrage aus dem „DGB-Index Gute Arbeit“.
- Dazu kommt, dass in den nächsten 10 Jahren mehr als ein Viertel (27 Prozent) der Beschäftigten in dem Bereich in den Ruhestand gehen. Das sind 1,4 Millionen Menschen.

Der Städte- und Gemeindebund warnt bereits vor einem „schleichenden Blackout“ – vor einer Daseinsvorsorge am „Rand des Zusammenbruchs“. Dieser Einschätzung müssen wir uns leider anschließen. Forderungen nach pauschalen Stellenstreichungen sind daher purer Hohn.

Wer erfolgreich Zukunft gestalten will, muss bereit sein, den Staat finanziell, strategisch und personell wieder in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben zu erfüllen.

Anderenfalls ist ein weiterer Vertrauensverlust in Politik und Staat die Folge. Es führt zu Frust bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, der nicht selten in aggressives Verhalten gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes umschlägt. Gewalt gegen Beschäftigte, gegen Einsatzkräfte findet inzwischen tagtäglich statt. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und auch unsere Demokratie zu schützen, ist ein handlungsfähiger öffentlicher Dienst unerlässlich. Den bekommen wir nur, wenn wir in ihn investieren.

Besonders deutlich wird das an den Kitas in unserem Land. Die Versäumnisse sind hier täglich zu erleben: 38 Prozent der Eltern berichten von Schließungen wegen Personalmangel, und 47 Prozent klagen über verkürzte Betreuungszeiten. 2024 mussten in Duisburg 67 von 80 städtischen Einrichtungen ihre Betreuungszeiten reduzieren.

Gleichzeitig wollen Frauen berufstätig sein. Sie erwarten, dass sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren können und Väter ihren fairen Anteil an Kinderbetreuung und Hausarbeit übernehmen. Aber die Rahmenbedingungen dafür stimmen viel zu oft nicht. Nach der Geburt des ersten Kindes fallen deshalb viele wieder in überholte Rollenbilder – mit negativen Folgen für die Frauen und ihre ökonomische Eigenständigkeit.

Gleichzeitig brauchen wir in Deutschland zunehmend Fachkräfte. Und wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten.

Wenn es bedarfsdeckende Angebote für Kinderbetreuung und zur Unterstützung der häuslichen Pflege geben würde, könnten bis 2030 zusätzlich 600.000 Vollzeitäquivalente in der Frauenerwerbstätigkeit entstehen. Das Bruttoinlandsprodukt kann dadurch um 1,5 Prozent steigen. Der Fiskus könnte bis 2035 mit jährlich rund 14 Milliarden Euro mehr Einnahmen rechnen. Ausgerechnet hat das der Wirtschaftswissenschaftler Tom Krebs für das Fraunhofer-Institut.

Es ist also nicht nur der Gerechtigkeit und der Gleichstellung wegen geboten, hier mehr zu investieren. Es zahlt sich langfristig sogar monetär aus – und es ist ein Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wer Fachkräfte sucht, kann auf gute Bildung nicht verzichten. Gerade die deutsche Wirtschaft lebt von klugen Köpfen, nicht so sehr von Rohstoffen. Aber seit Jahrzehnten gibt unser Land zu wenig Geld für sein Bildungssystem aus. Gemessen am BIP liegen wir unterhalb des OECD-Durchschnitts. Hinzu kommen Investitionsbedarfe in die Bildungseinrichtungen, die allein bei den Schulgebäuden bei 55 Mrd. Euro liegen. Bei den Kitas gibt es eine Investitionslücke von 12,7 Milliarden Euro.

Wir brauchen endlich Priorität für gute Bildung und ein besseres Bildungssystem. Unter dieser Überschrift haben wir für die Bundestagswahl die wichtigsten Forderungen zusammengetragen. Bund, Länder und Kommunen müssen dafür das notwendige Geld gemeinsam aufbringen. Deshalb brauchen wir im Grundgesetz kein Kooperationsverbot. Wir brauchen ein Kooperationsgebot für den Bildungsbereich im Grundgesetz, damit der Bund die Länder dauerhaft unterstützen kann.

Um drei konkrete Punkte zu nennen:

- Wir fordern die Ausweitung des Startchancenprogramms, denn eine echte Bildungsoffensive muss alle Kinder erreichen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen. Das betrifft deutlich mehr als 10 Prozent der Schulen bundesweit, die jetzt erreicht werden.
- Wir erwarten, dass die Bundesregierung mehr gegen die Ausbildungslosigkeit unternimmt. Fast 2,9 Mio. Jugendliche im Alter zwischen 20 und 34 Jahren haben keine Berufsausbildung. Deshalb sollte die Ausbildungsgarantie erweitert und ergänzt werden. Grundsätzlich muss die Garantie für alle jungen Menschen gelten, die einen Ausbildungsplatz suchen. Und sie sollte ergänzt werden um einen Zukunftsfonds, mit dem neue Ausbildungsplätze gefördert werden.
- Der Weiterbildung kommt angesichts großer Umbrüche in der Wirtschafts- und Arbeitswelt weiter eine große Bedeutung zu. Wir brauchen eine neue Architektur für lebensbegleitendes Lernen, inklusive einer Bildungsteilzeit, die auch staatlich gefördert wird. Das ist wichtig, damit Beschäftigte eigenverantwortlich und selbstbestimmt Schritt halten können mit den Entwicklungen im Unternehmen, im Beruf oder auf dem Arbeitsmarkt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.